VERANSTALTUNGSBEITRAG

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA
ANNA-LENA BURK

April 2010

www.kasusa.org
www.kas.de

Putting Politics above Markets: A Greek Tragedy

Bericht über die Veranstaltung des Cato Institute vom 08.04.2010

In den letzten Wochen hat Griechenlands Verschuldung von mehr als 120 Prozent des Bruttoinlandsproduktes und ein Haushaltsdefizit von 12,7 Prozent in 2009 große Diskussionen in der Euro-Zone ausgelöst. Die Frage ist nun, wie mit den Problemen Griechenlands umgegangen werden soll und welche Folgen das für die anderen Länder haben wird.

Das CATO Institute lud am 08.04.2010 zu einer Veranstaltung mit dem Titel „Putting Politics above Markets: A Greek Tragedy" ein. Podiumsredner waren zu diesem Thema der Journalist Takis Michas von der griechischen Tageszeitung „Eleftherotypia" und Patrick Welter, Wirtschaftskorrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" in Washington, die beide die Hintergründe der Krise aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchteten.

Takis Michas stellte zunächst die Situation in Griechenland dar. Seiner Meinung nach sei es wichtig, die griechische Mentalität zu kennen und vor allem das Konzept des „Politischen Klientelismus" zu verstehen. Dazu zeigte er die Struktur von Gesellschaft und Wirtschaft auf und ging im Wesentlichen auf vier Punkte ein:

1. In Griechenland spielt der Staat eine wichtige Rolle in der Gesellschaft, besonders als Arbeitgeber: Arbeitsstellen im Öffentlichen Sektor werden besonders gefördert – was dazu führt, dass etwa 25 Prozent der Bevölkerung Staatsbedienstete sind. Der Staat hat in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr Stellen geschaffen. In diesem Zusammenhang ist natürlich auch Vetternwirtschaft ein großes Problem der griechischen Gesellschaft.

2. Doch nicht nur als Arbeitgeber kommt dem Staat eine wichtige Rolle zu, sondern auch als Regulator. Michas sprach in diesem Zusammenhang von einer „Überregulierung" Griechenlands: Durchschnittlich acht Gesetze werden pro Tag beschlossen. Viele von diesen Gesetzen beeinträchtigen direkt die Wirtschaft im Land und Unternehmer beklagen sich oft über übermäßige Bürokratie, die ihnen das Leben besonders schwer macht.

3. Zudem ist Korruption in Griechenland sehr verbreitet. Laut Michas wäre es selbstverständlich, dass Vieles „unter der Hand" laufen würde – man „würde es gar nicht anders kennen".

4. Die Griechen haben Angst vor dem Kapitalismus. Angst davor, dass der Markt über den Menschen stehen könnte. Stattdessen stellen sie den Staat über den Markt.

Im Anschluss schilderte Patrick Welter die Sicht Europas. Er vertrat die Meinung, dass die Entwicklung Griechenlands nicht überraschend gekommen sei, sondern dass diese bei Beitritt der Griechen zur Euro-Zone schon absehbar gewesen sei. Bei den ersten Verhandlungen Ende der 90er-Jahre sei Griechenland „bei Weitem noch nicht soweit gewesen beizutreten", trotzdem hätte man den Griechen 2000 Zutritt zur Währungsunion gestattet. Formal erfüllten sie zu diesem Zeitpunkt zwar die Anforderungen, allerdings hätte man damals schon „hinter die Fassaden" gucken können. Welter sieht Griechenland aber nur als die „Spitze des Eisberges", auch viele andere Länder haben mit großen Defiziten (nicht nur in Zeiten der Wirtschaftskrise zu kämpfen).

Welter erläuterte weiterhin, welche Lösungsmöglichkeiten in den vergangenen Wochen in Europa diskutiert worden seien. Zunächst habe man überlegt den Internationalen Währungsfonds einzuschalten. Dieser Vorschlag sei aber schnell wieder verworfen worden, unter anderem mit der Begründung, dass man die Probleme alleine lösen wolle und ein Einfluss

Konrad Adenauer Stiftung

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA
ANNA-LENA BURK

April 2010

www.kasusa.org
www.kas.de

der USA in diese Problematik unerwünscht sei. Dieses Argument hielt Welter allerdings für nicht sehr plausibel, da die USA einen viel geringeren Anteil am IWF habe als Europa. Im Februar seien dann Stimmen lautgeworden, man solle einen Europäischen Währungsfonds einrichten. Aber auch diese Lösungsmöglichkeit wurde wieder verworfen. Nun scheint es so, als würden die europäischen Länder gemeinsam mit dem IWF Griechenland helfen. Ob dies allerdings rechtlich machbar ist, hält Welter für fraglich. Laut Maastricht Vertrag dürfen die EU-Länder nicht direkt helfen. Da aber der IWF direkt über die Zentralbanken der einzelnen Länder finanziert ist, würde dies wohl auch so den Vertrag brechen. Er rechnet mit einer Verfassungsklage in Deutschland.